BMBF-Bildungsoffensive

Ende der Kreidezeit?

[13.10.2016] Die neue Bildungsoffensive des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) soll Schulen in Deutschland flächendeckend in die Lage versetzen, digitale Bildung zu vermitteln. Der Bund will Länder und Kommunen dabei nicht zuletzt finanziell unterstützen.

Den digitalen Wandel in der Bildung vorantreiben – das ist das Ziel der Bildungsoffensive für die digitale Wissensgesellschaft, die Bundesbildungsministerin Johanna Wanka gestern (12. Oktober 2016) vorgestellt hat. Die Strategie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) zeigt Chancen und Handlungsfelder auf, die der digitale Wandel für alle Bildungsbereiche von der frühkindlichen Bildung über Schule, berufliche Bildung und Hochschule bis hin zur Weiterbildung bietet. Um die Schulen in Deutschland flächendeckend in die Lage zu versetzen, digitale Bildung zu vermitteln, schlägt das BMBF einen DigitalPakt#D mit den Ländern vor: Das Bundesministerium bietet an, über einen Zeitraum von fünf Jahren mit rund fünf Milliarden Euro die rund 40.000 Grundschulen, weiterführenden allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen in Deutschland mit digitaler Ausstattung wie Breitband-Anbindung, WLAN und Geräten zu versorgen. Im Gegenzug sollen sich die Länder verpflichten, die entsprechenden pädagogischen Konzepte, die Aus- und Fortbildung von Lehrern sowie gemeinsame technische Standards umzusetzen. „Digitale Bildung zu realisieren ist eine entscheidende Zukunftsaufgabe, für die Bund und Länder gemeinsam Verantwortung tragen. Mit dem DigitalPakt#D liegt ein konkreter Vorschlag des BMBF auf dem Tisch, der die Schulen schnell, umfassend und pragmatisch mit den richtigen Werkzeugen für die digitale Bildung ausstatten kann. Eine langwierige Grundgesetzänderung ist dafür nicht notwendig, wir können die bestehenden Möglichkeiten im Sinne guter Bildung nutzen“, sagte Wanka.

Förderung auf allen Ebenen

Das BMBF fördert derzeit laut eigenen Angaben eine Konzeptstudie für eine so genannte Schul-Cloud. Die Konzeptstudie soll im Rahmen eines Pilotprojekts an Schulen aus einem Verbund naturwissenschaftlich-mathematisch profilierter Gymnasien in der Praxis erprobt werden. Mit deutschlandweit bis zu 20 Kompetenzzentren will das Bundesministerium außerdem Kommunen und Bildungseinrichtungen vor Ort dabei unterstützen, Digitalisierungsstrategien zu entwickeln, Erfahrungen auszutauschen und gute Praxis in die Breite zu tragen. Um offene Bildungsmaterialien nachhaltig in allen Bildungsbereichen zu verankern, richtet das BMBF eine Informationsstelle ein, die Informationen bündelt und bereitstellt, sowie Fort- und Weiterbildung von Multiplikatoren zum Thema fördert. Nicht zuletzt will das Ministerium Hochschulen dabei unterstützen, Studiengänge aller Fachrichtungen entsprechend zu modernisieren und Angebote für neue digitale Berufsbilder zu entwickeln. Des Weiteren kündigt das BMBF einen Bundespreis Digitale Bildung an, um die Sichtbarkeit digitaler Bildung zu erhöhen. Der Branchenverband Bitkom begrüßt die Initiative des Bundesbildungsministeriums zur flächendeckenden Ausstattung von Schulen mit Computern und Internet-Zugängen. „Deutschlands Schulen können endlich in die digitale Welt überführt werden. Es ist höchste Zeit, dass wir von einzelnen Projekt-Klassen zu einer flächendeckenden digitalen Versorgung der Schulen kommen“, sagte Bitkom-Hauptgeschäftsführer Bernhard Rohleder. „Die analoge Kreidezeit in Deutschland geht jetzt zu Ende. Wir appellieren an die Bundesländer, die Gelegenheit zu nutzen und den angebotenen Digitalpakt mit dem Bund zu schließen.“ Auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund begrüßt laut eigenen Angaben ausdrücklich den Vorschlag von Wanka, die Schulen mit Breitband, Computern und WLAN zu versorgen.

Länder begrüßen Bildungsoffensive

Nicht zuletzt haben sich bereits Nordrhein-Westfalen, Berlin und Hamburg zu dem neuen Bundesprogramm geäußert. Alle drei Länder begrüßen das in Aussicht gestellte Programm. „Es ist gut, dass der Bund seine gesamtstaatliche Verantwortung für die Bildung erkennt“, kommentierte Nordrhein-Westfalens Schulministerin Sylvia Löhrmann. „Ich habe immer dafür plädiert, dass angesichts der stetig wachsenden sozialpolitischen Dimension von Bildung das Kooperationsverbot für den schulischen Bereich aufgehoben werden muss, damit der Bund sich wieder stärker an der Finanzierung guter Bildung im Bereich Schule beteiligen kann. Ich sehe das Angebot nun als ersten Schritt, dem hoffentlich noch weitere folgen, zum Beispiel Bundesinvestitionen in den Ganztag, in die Schulsozialarbeit oder in multiprofessionelle Teams bei der Inklusion.“ Ebenso begrüßt Hamburgs Schulsenator Ties Rabe, „dass die Bundesregierung ihren bisherigen Widerstand gegen ein Schulförderprogramm des Bundes aufgegeben hat“.

(ve)

Stichwörter: Schul-IT, Politik, Johanna Wanka